



Kommentar

Peter Bußjäger

Asylagentur

Es gibt wieder eine neue Bundeseinrichtung! Eine eigene – natürlich in Wien angesiedelte – Agentur wird in Zukunft die Rechtsberatung von Asylwerbern übernehmen. Damit sollen das Asylwesen in Österreich verstaatlicht und die bisher in

„Asylwerber sollen im Ergebnis **weniger und vielleicht auch schlechtere Rechtsberatung** erhalten.“

der Flüchtlingsberatung tätigen kirchlichen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und selbständigen Rechtsanwälte ersetzt werden.

600 Mitarbeiter?

Nach bisher vorliegenden Informationen wird die neue Agentur 600 (!) Mitarbeiter haben und 65 Millionen Euro im Jahr kosten. Nicht wenige meinen, dass sich diese Investition sehr schnell rechnen wird, weil Verfahren nicht mehr so in die Länge gezogen werden könnten und sich die Asylwerber daher kürzer in Österreich aufhalten würden. Dies dürfte auch der Intention der Bundesregierung entsprechen: Asylwerber sollen im Ergebnis weniger und vielleicht auch schlechtere Rechtsberatung erhalten und dadurch geringere Aussichten haben, Asylverfahren zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Nun kann man tatsächlich darüber verärgert sein, wie es manchen Rechtsberatern gelingt, durch juristische Tricks eigentlich aussichtslose Asylverfahren in die Länge zu ziehen. Ob die Zentralisierung der Rechtsberatung der richtige Schritt ist, um Abhilfe zu schaffen, darf bezweifelt werden. Es fällt ja auch niemandem ein, die Steuerberatung durch eine staatliche Agentur des Finanzamtes vornehmen zu lassen. Auch die Vorstellung, dass eine in Wien angesiedelte Agentur in Vorarlberg lebende Asylwerber berät, ist verstörend.

Der richtige Schritt

Der richtige Schritt wäre vielmehr, das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl als erstinstanzliche Behörde und das Bundesverwaltungsgericht als Beschwerdeinstanz mit ausreichenden Kapazitäten auszustatten. Kein Verfahrensrecht, auch nicht in Österreich, muss zulassen, dass Verfahren beliebig mit immer neuen Anträgen hinausgezögert werden können. Der Bund müsste für klarere Gesetze und außerdem dafür sorgen, dass seine Behörden effizient arbeiten, anstatt den Rechtsweg zu beschneiden.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.